Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 60 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 144 — **Dienstag, den 23. Juni 1931.** — **86. Jahrgang**

Tagesschau.

Der deutsche Botschafter in Washington, Graf v. Prittwitz, ist am Montag in Berlin eingetroffen. Er ist sofort vom Außenminister Dr. Curtius empfangen worden. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, ist bereits wieder abgereist.

* Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, teilte in einer Pressekonferenz in Washington mit, daß der amerikanische Plan den beteiligten Mächten bereits überreicht sei. Amerika erwartet sofortige Zustimmung, denn zu Konferenzen und langen Debatten habe man keine Zeit.

* Der französische Ministerrat wird sich heute mit dem Vorschlag Hoovers beschäftigen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen will Frankreich auf den ungeschützten Teil der Zahlungen im Betrage von 500 Millionen Mark nicht verzichten. Außerdem verlangt es Garantien, daß Deutschland nach Ablauf des Feierjahres nicht selbst die Moratoriumsklausel in Anspruch nimmt.

* Der Erfolg der vorgestrigen Fahrt Hamburg—Berlin des Krukenbergschen Propellerwagens soll die Reichsbahngesellschaft veranlaßt haben, schon zum Spätherbst einen Schnellverkehr auf der Strecke Berlin—Hamburg einzurichten.

Der frühere Präsident der französischen Republik, Fallières, ist am Montag im Alter von fast 90 Jahren gestorben. Er war 1883 Ministerpräsident und von 1906 bis 1913 Präsident der Republik.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Französische Hysterie.

Französischer Widerstand gegen den Hoover-Plan.

Herr Hoover ist am Montag nicht nur an den Effektenbörsen, die einem übertriebenen aber begreiflichen Taumel des Optimismus verfallen sind, der Held des Tages gewesen. Eine internationale Debatte von einer Leidenschaft und Heftigkeit, wie man sie selten gesehen hat, spielt sich seit zwei Tagen um seinen großzügigen Plan ab, die politischen Zahlungen, Tribute wie Kriegsschuldenzahlungen, auf ein Jahr einzustellen. Man muß zu Ehren der Weltvernunft, wenn es so etwas geben sollte, anerkennen, daß die Zustimmung zu der kühnen Schwenkung Amerikas fast allgemein ist. In Washington selbst hat eine erhebliche Anzahl prominenter Senatoren aus den Lagern beider Parteien sofort vorbehaltlos der Botschaft Hoovers zugestimmt. Die englische Regierung hat, was vorauszusehen war, ebenso wie die italienische und die japanische, den Schritt des amerikanischen Präsidenten sofort gebilligt und die Londoner Pressestimmen beweisen, wie freudig die britische Politik und Wirtschaft die Wendung begrüßt, die nun in ganz Europa eintreten kann. Nur aus Frankreich liegt noch keine freundliche Stimme vor, allein in Paris bildet sich ein Zentrum heftigen Widerstandes gegen den amerikanischen Plan.

Deutlich kann man aus den französischen Stimmen, die bisher bekannt geworden sind, zweierlei Gründe für diesen Widerstand entnehmen. Der eine besteht darin, daß die Einstellung der deutschen Tributzahlungen bei gleichzeitiger Einstellung der Kriegsschuldenzahlungen die französischen Staatseinnahmen um etwa 400 Millionen Mark schmälern wird, weil Frankreich aus den Tributen um diesen Betrag mehr erhält, als es für die Verzinsung und Tilgung seiner Kriegsschulden abzuführen braucht. Das wird zur Folge haben, daß die französische Regierung entweder auf einen Teil ihrer Irrsinnsrüstungen, die sie mit deutschem Tributgeld bestreitet, verzichten oder eine Anleihe auflegen muß, um den Ausfall zu decken. Daher die französische Forderung, der unaufschiebbare Teil der Tribute von 660 Millionen Mark müsse weitergezahlt werden, denn, so deklamiert der Matin, „diese Zahlung dient dem Aufbau des zerstörten Gebietes und ist eine geheiligte Schuld". Es wäre leicht, diese heuchlerische Behauptung zu widerlegen, denn das zerstörte Gebiet ist aufgebaut und die Tribute werden zum Bau von Kanonen und Festungen gegen Deutschland verwendet.

Der zweite Grund der französischen Abwehr liegt in der berechtigten Befürchtung, daß der amerikanische Plan nicht nur der militärischen, sondern auch der finanziellen Vorherrschaft Abbruch tun könnte, die Frankreich in den Jahren nach dem Kriege aufgerichtet hat. Mit schamloser Aufrichtigkeit hat das gestern der Chefredakteur des Oeuvre ausgesprochen: „Unser Gold gibt uns die Möglichkeit, unsere Feinde und Rivalen matt zu setzen. Benutzen wir diese Möglichkeit!" Im Avenier stand zu lesen: „Nein! Nichts für Deutschland und Oesterreich!" und das wegen seines bornierten Chauvinismus berüchtigte Journal des Debats schreibt, daß es skandalös sein würde, wenn Frankreich zugunsten Deutschlands auf irgendeine Zahlung verzichten sollte. Hier zeigt sich deutlich, daß es den Franzosen weniger darauf ankommt, ob sie selbst das Geld erhalten — das spielt ja bei den Möglichkeiten des französischen Kapitalmarktes auch nur eine untergeordnete Rolle —, sondern darauf, Deutschland endlich in eine vollkommene Katastrophe hineintreiben zu können. Die Offenheit, mit der dieses infame Bestreben ausgesprochen wird, läßt die edle Menschlichkeit der „grande nation" im edelsten Lichte erscheinen. „Leute, die auf etwas weitere Sicht denken, wie Sauerwein, hegen dazu noch die Befürchtung, daß nach einem Jahr der Youngplan in seiner jetzigen Gestalt nicht mehr in Kraft treten könne, eine an sich richtige Auffassung, denn der Hauptsinn des Zahlungsaufschubes ist es ja, Deutschland in der Zwischenzeit Gelegenheit zu geben, eine neue Lösung zu finden, ohne französischen Erpressungen ausgeliefert zu sein.

Aber mit allen diesen Einwänden steht Frankreich allein auf weiter Flur und vollkommen isoliert da. Mag die Pariser Presse noch so pathetisch gegen den Hoover-Plan wettern, es wird der französischen Regierung nicht möglich sein, dem Votum der ganzen Welt wieder mit einem gehässigen und hysterischen Nein entgegenzutreten. Würde sie es dennoch tun, so könnte das die Einstellung der Tributzahlungen nicht verhindern. Die Welt wird es nicht hinnehmen, daß Frankreich, das sich bisher immer noch mit dem Mantel der Friedensliebe zu umhüllen verstand, die erste wirkliche Friedenstat der anderen aus Egoismus und Rachsucht zerstört. Und Deutschland wird, das kann heute schon als entschieden gelten, die Tributzahlungen am 1. Juli unter allen Umständen einstellen.

Auch die ungeschützten deutschen Zahlungen werden aufgeschoben.

Neuyork, 23. Juni. (Drahtb.) Wie „Associated Preß" aus Washingtons maßgebendster autoritativer Stelle erfährt, bezieht sich der Vorschlag des Präsidenten Hoover eines einjährigen Zahlungsaufschubes der Kriegsschulden- und der Reparationszahlungen auch auf die ungeschützten deutschen Reparationszahlungen.

Frankreich verzichtet nicht auf den ungeschützten Teil der Zahlungen.

Paris, 23. Juni. (Drahtb.) Der Außenpolitiker des Matin bestätigt, daß gestern vormittag der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, in Abwesenheit Briands dem Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, offiziell von dem Vorschlag Hoovers Kenntnis gegeben hat. Das Blatt erklärt, man müsse den Youngplan aufrechterhalten. Er würde beeinträchtigt und erschüttert werden, wenn entgegen allen Bestimmungen der ungeschützte Teil Gegenstand eines Moratoriums würde.

Zwei weitere Blätter beschäftigen sich heute vormittag ebenfalls mit der Stellungnahme, zu der man heute vielleicht im Laufe des Ministerrats kommen wird, und die durch die offizielle Auslegung der Agence Havas bestätigt wird, und zwar das Echo de Paris und Oeuvre. Beide schlagen vor, daß man der Hooverschen Anregung zustimmen müsse, daß jedoch Frankreich auf den ungeschützten Teil der Zahlungen der der BIZ. übermittelt werde, nicht verzichten könne. Oeuvre erklärt außerdem, daß man in Frankreich eine Garantie haben wolle, daß nach dem einen Feierjahr, das außerhalb des Youngplanes gewährt werde, Deutschland nicht die im Youngplan selbst enthaltene Moratoriumsklausel in Anspruch nehmen solle.

Paris, 23. Juni. (Drahtb.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß der französische Botschafter in Washington sich Staatssekretär Stimson gegenüber zu dem Vorschlag des Präsidenten Hoover dahin geäußert habe, daß Frankreich bereit wäre, dem Vorschlag des Präsidenten zuzustimmen, daß es aber den Wunsch habe, das Problem einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen, ehe es amtlich seine Antwort zur Kenntnis bringt. Mit internationalen finanziellen oder diplomatischen Verhandlungen vertraute Persönlichkeiten seien der Ansicht, daß eine Zustimmung Frankreichs von Garantien begleitet sein müsse, daß das Moratorium Hoovers, das nur für ein Jahr Geltung habe, den Youngplan nicht verletzen dürfe und die Unantastbarkeit der ungeschützten Annuitäten Deutschlands beachten müsse. Bestimmte Finanzkreise Frankreichs faßten deshalb ins Auge, daß Deutschland für 1931/32 500 Millionen Mark oder die ungeschützte Tranche in nationalen Devisen zahlt, die Frankreich für Darlehen an interessierte Nationen zur Verfügung stellt. Das im französischen Budget auftretende Defizit könnte durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine zum Ausgleich gebracht werden. In keinem Falle würde man zur Auferlegung neuer Steuern schreiten. Um diese verschiedenen Maßnahmen, die auf Frankreich viel schwerer als auf England und Italien lasten werden, zu rechtfertigen, müsse man betonen, daß Frankreich sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung besonders an der Wohlfahrt Europas interessiert sei.

Eine amerikanische Warnung an Frankreich.

Neuyork, 22. Juni. (Drahtb.) In einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Ein großartiger erster Schritt" erklärt „World Telegramm", Hoover habe die Krise nicht übertrieben. Sie könne gar nicht übertrieben werden. Deutschland sei dem Bankerott und der Revolution so nahe, wie es eine Nation nur sein könne. Ehe diese Ereignisse eintreten, müsse in dem einen Jahr, für das der Zahlungsaufschub gelten solle, die Beseitigung des Wettrüstens, der falschen Grenzziehungen und der unübersteigbaren Zollmauern in Angriff genommen werden. Geschehe das nicht, so werde die Gefahr einer Explosion nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben. Falls die früheren Alliierten in der kommenden Abrüstungskonferenz ihre Rüstungen nicht durchgreifend herabsetzten, könnten sie sicher sein, daß der Kongreß es ablehnen werde, den Zahlungsaufschub zu verlängern, und daß die amerikanische öffentliche Meinung die weitere Zusammenarbeit mit Europa ablehnen werde.

„Eile tut not!"

Amerika erwartet sofortige Zustimmung aller Mächte.

Washington, 22. Juni. In der heutigen Pressekonferenz teilte Staatssekretär Stimson mit, daß die formelle Unterbreitung des amerikanischen Planes bei den beteiligten Mächten bereits auf diplomatischem Wege erfolgt sei. Daß eine internationale Konferenz zur Diskussion über Hoovers Vorschlag einberufen werde, lehnte Stimson rundweg ab. Er betonte, die Angelegenheit dränge so sehr, daß man zu Konferenzen und langen Debatten keine Zeit habe. Was man brauche, sei eine sofortige herzliche Zustimmung aller Mächte. Nur das werde den benötigten psychologischen Effekt auslösen und die spätere Ratifikation durch den Kongreß der Vereinigten Staaten so gut wie sicherstellen. Wenn aber die Aktion nicht einstimmig erfolge, so könnte überhaupt nichts erreicht werden! Eile tue not, eine lange Debatte würde alles zunichte machen.

Stimson ging hierauf auf den Hindenburg-Brief ein, zu dem er bemerkte, daß er erst am Sonntag, also nach der Erklärung Hoovers, hier eingetroffen sei. Er erklärte, daß es nicht der Hindenburg-Brief gewesen sei, der Hoover zu einer sofortigen Aktion veranlaßt habe, sondern daß der Hindenburg-Brief lediglich die Richtigkeit des Hooverschen Schrittes bestätigt habe.

Eine Frage nach der Abrüstung beantwortete Stimson dahin, daß gutes Einvernehmen in einer gerechten Sache, nämlich in der Erleichterung der Lage Deutschlands, sicher auch gutes Einvernehmen in einer anderen Angelegenheit, nämlich in der Einigung über Rüstungsbeschränkungen im Gefolge haben würde.

Die Stellungnahme der fremden Mächte zu Hoovers Vorschlag.

Washington, 22. Juni. (Reuter.) Der britische Botschafter teilte dem Staatsdepartement mit, daß die britische Regierung den Vorschlag Hoovers begrüße. Der Botschafter beriet heute vormittag lange mit Unterstaatssekretär Castle. Dieser hatte darauf eine Besprechung mit dem Gesandten Oesterreichs, der dem Vorschlag Hoovers im Namen Oesterreichs zustimmte. Der italienische Botschafter teilte dem Staatsdepartement mit, daß er die Antwort aus Rom nicht vor morgen erwarte. Der bulgarische Gesandte sprach dem Staatsdepartement die Dankbarkeit seiner Regierung aus.

Hunderte von Glückwunschtelegrammen sind aus allen Teilen der Welt im Weißen Hause eingegangen.